



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

**AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET
LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES
PSYCHOLOGUES - PSYCHOTHÉRAPEUTES
Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie**

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	3
ANGLETERRE	16
AUTRICHE	24
FRANCE	34
ITALIE	40

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Psychotherapeutengesetz \(PsychThG\) vom 16. Juni 1998](#) (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Artikel 40 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) Änderung durch Art. 6 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) bereits textlich nachgewiesen
- [Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten vom 18. Dezember 1998 \(PsychTh-APrV\)](#) (BGBl. I S. 3749), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122) Änderung durch Art. 7 G v. 2.12.2007 I 2686 (Nr. 60) bereits im Gutachten berücksichtigt
- [Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe vom 2.12.2007](#), BGBl. I S. 2686.
- Landes-Heilberufs- und Heilberufskammergesetze
- [Zulassungsverordnung für Vertragsärzte \(Ärzte-ZV\) vom 28. Mai 1957](#) (BGB1 I, S. 572, 608), zuletzt geändert durch Art. 39 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2007, S. 2686) Stand: 6. Dezember 2007

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Psychotherapeutengesetz, (PsychThG) und die beiden Prüfungsordnungen werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 flossen zwar bereits in den Text des PsychThG eine, die Ausbildungsordnungen sind jedoch bislang noch nicht in einer **konsolidierten** Gesetzesfassung erhältlich. Die Änderungen werden jedoch im vorliegenden Gutachten bereits berücksichtigt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Da das PsychThG nicht wie die anderen Heilberufegesetze Vertragsstaaten, denen von Deutschland und der EG bzw. EU ein entsprechender Rechtsanspruch eingeräumt wurde, miteinbezieht, scheint die Rechtsstellung der Psychotherapeuten aus der Schweiz im Verhältnis zu den anderen Heilberufen nachteilig.

Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, sich die Situation für Schweizer Staatsangehörige deutlich verbessert, denn dann dürften die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten anwendbaren Grundsätze gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert werden.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Psychotherapeut

1. Titel

Wer die heilkundliche Psychotherapie unter der Berufsbezeichnung "Psychologische Psychotherapeutin" oder "Psychologischer Psychotherapeut" oder die heilkundliche Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie unter der Berufsbezeichnung "Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin" oder "Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut" ausüben will, bedarf gem. § 1 PsychThG der Approbation oder bei vorübergehender Ausübung des Berufs der befristeten Erlaubnis als Psychologischer Psychotherapeut oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut.

Die Bezeichnung "Psychotherapeut" oder "Psychotherapeutin" darf von anderen Personen als Ärzten, Psychologischen Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht geführt werden.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Wer in Deutschland den Beruf des Psychotherapeuten dauerhaft ausüben will, bedarf gem. § 2 PsychThG der Approbation, oder - bei vorübergehender Niederlassung zur Ausübung des Berufs - einer Erlaubnis. Dabei ist es für EU- oder EWR-Staatler leichter als für Schweizer, diese zu erlangen.

Allemagne

Erleichterte Voraussetzungen gelten, wenn der Antragsteller Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer ist. Hat der Antragsteller seine Ausbildung nicht in Deutschland gemacht, ist die Erteilung der Approbation allerdings auch für diese Bewerber nur zulässig, wenn der Antragsteller eine in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbene, den Voraussetzungen der Richtlinie 2005/36/EG entsprechende **abgeschlossene Ausbildung** nachweist.

Für diese Antragsteller gilt, dass sie entweder die **vorgeschriebene Ausbildung** abgeleistet und die **staatliche (inländische) Prüfung** bestanden haben oder aus einem in einem **anderen EU-Mitgliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat erworbenen Diplom** hervorgeht, dass der Inhaber eine Ausbildung erworben hat, die in diesem Staat für den unmittelbaren Zugang zu einem dem Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder dem Beruf des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Beruf erforderlich ist (§ 2 Abs. 2 PsychThG).¹

Dies gilt auch für Ausbildungsnachweise, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene abgeschlossene Ausbildung bescheinigen, von diesem Mitgliedstaat als **gleichwertig** anerkannt wurden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vorbereiten.

Dies gilt ferner auch für Berufsqualifikationen, die **nicht den Erfordernissen des Herkunftsmitgliedstaats** für die Berufsausübung des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechen, jedoch nach dem Recht des Herkunftsmitgliedstaats **erworbene Rechte** nach den dort maßgeblichen Vorschriften verleihen.

Antragsteller mit einem Ausbildungsnachweis aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben einen höchstens **dreijährigen** Anpassungslehrgang zu absolvieren **oder** eine **Eignungsprüfung** abzulegen, wenn

- a. ihre nachgewiesene Ausbildungsdauer **mindestens ein Jahr unter** der in diesem Gesetz geregelten Ausbildungsdauer liegt,
- b. ihre Ausbildung sich auf **Fächer** bezieht, die sich **wesentlich** von denen **unterscheiden**, die durch die Ausbildung nach PsychThG und der PsychTh-APrV und KJPsychTh-APrV vorgeschrieben sind,
- c. der Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten eine oder mehrere reglementierte Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsmitgliedstaat des Antragstellers **nicht Bestandteil** des dem Psychologischen Psychotherapeuten oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Berufs sind, und wenn diese Unterschiede in einer besonderen Ausbildung bestehen, die nach PsychThG und der PsychTh-APrV und KJPsychTh-APrV gefordert wird, und sich auf Fächer beziehen, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, den der Antragsteller vorlegt, oder

¹ Diplome im Sinne dieses Gesetzes sind Ausbildungsnachweise gemäß Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18) in der jeweils geltenden Fassung, die dem in Artikel 11 Buchstabe d oder Buchstabe e der Richtlinie genannten Niveau entsprechen.

Allemagne

- d. ihr Ausbildungsnachweis lediglich eine Ausbildung auf dem in Artikel 11 Buchstabe c der Richtlinie 2006/36/EG genannten Niveau bescheinigt und ihre nachgewiesene Berufserfahrung nicht zum Ausgleich der Unterschiede geeignet ist.

Die Antragsteller haben das Recht, zwischen dem Anpassungslehrgang und der Eignungsprüfung zu **wählen** und der zuständigen Behörde die von ihnen getroffene Wahl schriftlich mitzuteilen.

Die zuständige Behörde legt (§ 20 PsychTh-APrV und § 20 KJPsychTh-APrV) bei der Meldung zur **Eignungsprüfung** die Termine für die Eignungsprüfung fest und gibt sie den Antragstellern drei Monate im Voraus schriftlich bekannt. Erbrachte Ausbildungs- und Prüfungsnachweisen sind spätestens zwei Monate vor der Eignungsprüfung vorzulegen. Die Eignungsprüfung kann nur einmal wiederholt werden.

Die zuständige Behörde legt bei der Meldung zum **Anpassungslehrgang** den Termin für den Beginn des Lehrgangs fest und gibt ihn den Antragstellern schriftlich bekannt. Der Anpassungslehrgang erstreckt sich auf die Defizite der Ausbildung des Lehrgangsteilnehmers im Vergleich zur deutschen Ausbildung. Er muss gewährleisten, dass die Teilnehmer über Grundkenntnisse in wissenschaftlich anerkannten Verfahren sowie vertiefte Kenntnisse in einem dieser Verfahren verfügen. Die zuständige Behörde legt die Ausbildungsstätten fest, an denen der Anpassungslehrgang abgeleistet werden kann, seine Dauer und die Inhalte, die während des Lehrgangs zu vermitteln sind.

Sie legt ferner die Gesamtstundenzahl

- a. der praktischen Tätigkeit nach § 2,
- b. der theoretischen Ausbildung nach § 3,
- c. der praktischen Ausbildung nach § 4, ihre Aufteilung in Behandlungs- und Supervisionsstunden und die Anzahl der Patientenbehandlungen sowie
- d. der Selbsterfahrung nach § 5 fest.

3. Drittstaatler (auch: Schweizer)

Die unter 2. genannten Voraussetzungen an die Ausbildungsnachweise gelten auch als erfüllt, wenn der Antragsteller eine **in einem Drittland erworbene abgeschlossene Ausbildung** in einem dem Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder dem Beruf des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechenden Beruf nachweisen und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist (§ 2 Abs. 2a. PsychThG). In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes sind die in anderen Staaten absolvierten Ausbildungsgänge oder die in anderen Staaten erworbene Berufserfahrung einzubeziehen. Die **Gleichwertigkeit** des Ausbildungsstandes **wird anerkannt**, wenn

- a) die Antragsteller einen Ausbildungsnachweis vorlegen, aus dem sich ergibt, dass sie bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum als Psychologische Psychotherapeutin oder Psychologischer Psychotherapeut oder als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut **anerkannt** wurden,
- b) sie über eine **dreijährige Berufserfahrung** in der Psychologischen Psychotherapie oder der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der den Ausbildungsnachweis anerkannt hat, verfügen **und**
- c) der Mitgliedstaat, der die Ausbildung anerkannt hat, diese Berufserfahrung **bescheinigt**.

Allemanne

Ist die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nach obigen Kriterien nicht gegeben oder ist eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person der Antragsteller liegen, von diesen nicht vorgelegt werden können, ist ein **gleichwertiger Kenntnisstand nachzuweisen**. Der Nachweis wird durch das Ablegen einer **Prüfung** erbracht, die sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung erstreckt. Dabei hat sich diese Prüfung auf diejenigen Bereiche zu **beschränken**, in denen die vorhandene Ausbildung hinter der in diesem Gesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten geregelten Ausbildung zurückbleibt.

- d) Ferner darf sich der Antragsteller nicht eines Verhaltens schuldig gemacht haben, aus dem sich die **Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des Berufs ergibt,
- e) Er darf nicht in **gesundheitlicher** Hinsicht zur Ausübung des Berufs **ungeeignet** sein und
- f) Er muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der **deutschen Sprache** verfügen.

a. Antragsinhalt

Der Antragsteller hat folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

Dem Antrag auf Approbation sind gem. § 19 PsychTh-APrV beizufügen:

1. ein tabellarischer **Lebenslauf** und die **Geburtsurkunde** oder ein Auszug aus dem Familienbuch der Eltern, bei Verheirateten die **Heiratsurkunde**, ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch oder jede sonstige Urkunde, die eine Namensänderung zur Folge hat, allerdings nur bei Ausbildungsnachweisen, die in einem Drittland ausgestellt wurden und noch in keinem anderen Mitgliedstaat anerkannt worden sind.
2. ein Nachweis über die **Staatsangehörigkeit** des Antragstellers,
3. ein **amtliches Führungszeugnis** (nicht älter als 1 Monat vor Vorlage)
4. eine Erklärung darüber, ob gegen den Antragsteller ein gerichtliches **Strafverfahren** oder ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren anhängig ist,
5. eine **ärztliche Bescheinigung**, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller nicht zur Ausübung des Berufs ungeeignet ist (nicht älter als 1 Monat vor Vorlage)
und
6. das **Zeugnis** über die staatliche Prüfung für Psychologische Psychotherapeuten bzw. bei ausländischem Prüfungszeugnis die (nach obigen Erörterungen) erforderlichen Ausbildungs- und Prüfungsnachweise in **amtlich beglaubigter Kopie**. Soweit diese Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sind sie zusätzlich in amtlich beglaubigter Übersetzung vorzulegen (§ 19 Abs. 2 S. 2 PsychTh-APrV). Die zuständige Behörde kann die Vorlage weiterer Nachweise, insbesondere über eine bisherige Tätigkeit, verlangen.

b. Kammermitgliedschaft

Die Kammermitgliedschaftspflicht ergibt sich aus den **Landes- Heilberufekammergesetzen**, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG².

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 5 gehören der **Landespsychotherapeutenkammer** alle Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten) an, die approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Berufsausübung nach dem Psychotherapeutengesetz besitzen,

Adressen der Landespsychotherapeutenkammern

Landespsychotherapeutenkammer Baden Württemberg

Jägerstr. 4070174 Stuttgart

Tel: 0711-674470-0

Fax: 0711-674470-15

info@lpk-bw.de

<http://www.lpk-bw.de/>

Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeuten

St.-Paul-Straße 9,

80336 München

Telefon 089 / 51 55 55 -0, Fax -25

info@ptk-bayern.de

<http://www.ptk-bayern.de/>

Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im Land Berlin

Kurfürstendamm 184

10707 Berlin

Telefon: 030-887140-0

Fax: 030-887140-40

info@psychotherapeutenkammer-berlin.de

www.psychotherapeutenkammer-berlin.de

Psychotherapeutenkammer Bremen

Hollerallee 22

28209 Bremen

Fon: 0421 - 27 72 000

Fax: 0421 - 27 72 002

verwaltung@pk-hb.de

<http://www.pk-hb.de/>

² Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), zuletzt geändert durch Art. 12 DLR-Gesetz BW7 vom 17. 12. 2009 (GBl. S. 809).

Allemagne

Psychotherapeutenkammer Hamburg

Hallerstr. 61
20146 Hamburg
Tel.: 040-226 226-060
Fax: 040-226 226-089
info@ptk-hh.de
<http://www.ptk-hamburg.de/>

Psychotherapeutenkammer Hessen

Gutenbergplatz 1
65187 Wiesbaden
Telefon: 0611 53168 0
Telefax: 0611 53168 29
post@ptk-hessen.de
<http://www.ptk-hessen.de/web/>

Psychotherapeutenkammer Niedersachsen

Roscherstr. 12
30161 Hannover
Telefon: 0511/850 304 -30
Fax: 0511/850 304 -44
info@pk-nds.de
<http://www.pknds.de/>

Psychotherapeutenkammer NRW

Willstätterstraße 10
40549 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 52 28 47 - 0
Fax: 0211 - 52 28 47 - 15
info@ptk-nrw.de
<http://www.ptk-nrw.de/>

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer

Karl-Rothe-Straße 4
04105 Leipzig
Telefon: 0341/4624320
Fax: 0341/46243219
info@opk-info.de
<http://www.opk-info.de/>

Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 30 (Bürozentrum Mainz)
55130 Mainz-Weisenau
Tel: 0 61 31 / 5 70 38 13
Fax: 0 61 31 / 5 70 06 63
service@lpk-rlp.de
<http://www.lpk-rlp.de>

Psychotherapeutenkammer Saarland

Talstraße 32
66119 Saarbrücken
Tel. 0681/ 9 54 55 56
Fax 0681/ 9 54 55 58
kontakt@pkt-saar.de
<http://s255669059.online.de/>

c. Kassenzulassung

Hinsichtlich der **Kassenzulassung** (Verträge mit Versicherern der Gesetzlichen Krankenversicherung) und der **Pflichtmitgliedschaft in der Kassenärztlichen Vereinigung** des gewünschten Niederlassungsbezirks, gelten im Prinzip ähnliche Voraussetzungen wie für Ärzte. Gem. § 1 Abs. 3 Ärzte-ZV³ **gilt dieses für** Psychotherapeuten, angestellte Psychotherapeuten, medizinische Versorgungszentren und die dort angestellten Psychotherapeuten sowie die bei Vertragsärzten angestellten Psychotherapeuten. Das Arztregister erfasst auch Psychotherapeuten, die die Voraussetzungen des § 95c des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfüllen und ihre Eintragung beantragt haben.

In § 3 der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) heisst es, dass die Eintragung in das Arztregister, die bei der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung zu beantragen ist. Voraussetzungen für die Eintragung ist die Approbation als Psychotherapeut **und** der erfolgreiche Abschluss entweder einer allgemeinmedizinischen Weiterbildung oder einer Weiterbildung in einem anderen Fachgebiet mit der Befugnis zum Führen einer entsprechenden Gebietsbezeichnung oder der Nachweis einer Qualifikation, die gemäß § 95a Abs. 4 und 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch anerkannt ist (Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -Psychotherapie, Psychiatrie und Psychotherapie und Psychosomatische Medizin und Psychotherapie).

Gem. § 18 Ärzte-ZV muss der Antrag auf Zulassung schriftlich gestellt werden (Gebühr 100 €). In dem Antrag ist anzugeben, für welchen Vertragsarztsitz und unter welcher Arztbezeichnung die Zulassung beantragt wird. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- ein Auszug aus dem Arztregister, aus dem der Tag der Approbation, der Tag der Eintragung in das Arztregister und gegebenenfalls der Tag der Anerkennung des Rechts zum Führen einer bestimmten Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnung hervorgehen müssen,
- Bescheinigungen über die seit der Approbation ausgeübten ärztlichen Tätigkeiten,
- ein Lebenslauf,
- ein polizeiliches Führungszeugnis,
- Ggf. Bescheinigungen der Kassenärztlichen Vereinigungen, in deren Bereich der Arzt bisher niedergelassen oder zur Kassenpraxis zugelassen war, aus denen sich Ort und Dauer der bisherigen Niederlassung oder Zulassung und der Grund einer etwaigen Beendigung ergeben,
- eine Erklärung über im Zeitpunkt der Antragstellung bestehende Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisse unter Angabe des frühestmöglichen Endes des Beschäftigungsverhältnisses,
- eine Erklärung des Arztes, ob er rauschgiftsüchtig ist oder innerhalb der letzten fünf Jahre gewesen ist, ob er sich innerhalb der letzten fünf Jahre einer Entziehungskur wegen Trunksucht oder Rauschgiftsucht unterzogen hat und dass gesetzliche Hinderungsgründe der Ausübung des ärztlichen Berufs nicht entgegensehen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind nach **Bundesländern** aufgegliedert (jeweils eigene kassenärztliche Vereinigung). Auf Bundesebene kommt die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hinzu.

³ Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGB1 I, S. 572, 608), vom 28. Mai 1957, zuletzt geändert durch Art. 13 des Gesetzes vom 28. Mai 2008.

Kassenärztliche Bundesvereinigung

Herbert-Lewin-Platz 2
10623 Berlin
Tel: (0 30) 40 05 – 0
Fax: (0 30) 40 05 – 15 90
info@kbv.de
<http://www.kbv.de/>

d. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Der Antrag auf Approbation ist gem. § 10 Abs. 1 PsychTHG an die zuständige Regierung des Bundeslandes zu richten, in dem der Beruf ausgeübt werden soll. Z.B. für den Raum München an die Regierung von Oberbayern.

Regierung von Oberbayern

Maximilianstr. 39
80538 München
Tel.: 089/2176-2634

bb. Verfahren, Fristen

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr mit, welche Unterlagen fehlen. Sie hat über den Antrag kurzfristig, spätestens **vier** Monate nach Vorlage der Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen dieses Gesetzes zu entscheiden. Werden von der zuständigen Stelle des Herkunftsmitgliedstaats erforderliche Bescheinigungen nicht ausgestellt oder die nachgefragten Mitteilungen innerhalb von zwei Monaten nicht gemacht, kann der Antragsteller sie durch Vorlage einer Bescheinigung über die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats ersetzen (§ 19 Abs. 6 PsychTh-APrV).

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Gem. § 2a PSyChThG **unterrichten** die zuständigen Behörden des Landes, in dem der Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Das Bundesministerium für Gesundheit wird hierüber unterrichtet und übermittelt die Informationen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, insbesondere im Hinblick auf Artikel 60 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG.

e. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Erteilung der Approbation wegen Fehlens einer oben aufgelisteten Voraussetzungen abgelehnt werden, so ist der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu hören (§ 2 Abs. 4 PsychThG).

Allemagne

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 3 PsychThG möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Die Anordnung des Ruhens der Approbation ist gem. § 3 Abs. 3 PsychThG möglich, wenn gegen den Approbationsinhaber wegen des Verdachts einer Straftat, aus der sich die Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergeben kann, ein Strafverfahren eingeleitet ist, nachträglich die gesundheitlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder Zweifel bestehen, oder der Approbationsinhaber nicht über die für die Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

f. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Berufspflichten der Psychotherapeuten ergeben sich aus den Landes-Heilberufegesetzen, von welchen hier beispielhaft zwei angeführt werden: Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes** sind Psychotherapeuten verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten.

Gem. **§ 29, 30 des Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes (HBKaG)** unterliegen alle Kammermitglieder den **allgemeinen Berufspflichten** und sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten. Sie sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden.

bb. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu drei Jahren

Eine befristete Erlaubnis zur Berufsausübung kann auf Antrag Personen erteilt werden, die eine abgeschlossene Ausbildung für den Beruf nachweisen. In den Fällen, in denen obige Ausbildungsvoraussetzungen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 PsychThG) nicht erfüllt sind oder nicht als erfüllt gelten, ist nachzuweisen, dass die im Ausland erworbene Ausbildung in den wesentlichen Grundzügen einer Ausbildung nach diesem Gesetz entspricht.

Die befristete Erlaubnis darf nur widerruflich und bis zu einer Gesamtdauer der Tätigkeit von höchstens **drei Jahren** erteilt oder verlängert werden. Sie darf ausnahmsweise über drei Jahre hinaus erteilt oder verlängert werden, wenn der Antragsteller als Ausländer mit einem Deutschen oder mit einem EU/EWR-Staatsangehörigen oder einem Drittstaatsangehörigen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ein entsprechender Rechtsanspruch ergibt, verheiratet sind oder eine Lebenspartnerschaft führen oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung sind. Die Erlaubnis kann unbeschränkt für Ehegatten oder Kinder unter 21 Jahren eines EU/WER-Staatsangehörigen oder eines Drittstaatsangehörigen erteilt werden, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ein entsprechender Rechtsanspruch ergibt, oder für Kinder eines solchen Staatsangehörigen, welchem dieser Staatsangehörige Unterhalt

Allemagne

gewährt und welcher eine Berufstätigkeit in Deutschland ausübt, die die Voraussetzungen an die Approbation erfüllen.

Personen mit einer Erlaubnis haben die **Rechte und Pflichten** eines Angehörigen des Berufs, für dessen Ausübung ihnen die Erlaubnis erteilt worden ist.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § Abs. 9a PsychThG können als **Dienstleistungserbringer** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages (Art. 57 AEUV) vorübergehend und gelegentlich ihren Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausüben:

Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats der eines anderen EWR-Vertragsstaates, die zur Ausübung des Berufs des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat auf Grund einer nach deutschen Rechtsvorschriften abgeschlossenen Ausbildung oder auf Grund eines den o.g. Anforderungen entsprechenden Ausbildungsnachweises berechtigt sind und

1. in **einem Mitgliedstaat rechtmäßig niedergelassen** sind oder,
2. wenn der Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder die Ausbildung zu diesen Berufen im Niederlassungsmitgliedstaat nicht reglementiert ist, einen dieser Berufe während der vorhergehenden **zehn** Jahre mindestens **zwei** Jahre im Niederlassungsmitgliedstaat rechtmäßig ausgeübt haben,

Dabei wird der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Dienstleistungserbringung im Einzelfall beurteilt (Dauer, Häufigkeit, regelmäßige Wiederkehr und Kontinuität der Dienstleistung). Die Voraussetzungen einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ruhensanordnung dürfen nicht vorliegen.

b. Antragsinhalt

Wer Dienstleistungen erbringen will, hat dies der zuständigen Behörde vorher schriftlich zu melden. Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleister beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu erbringen. Bei der erstmaligen Meldung der Dienstleistungserbringung oder im Falle wesentlicher Änderungen gegenüber der in den bisher vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation hat der Dienstleistungserbringer nach § 9a Abs. 3 PsychThG folgende Bescheinigungen vorzulegen:

1. Staatsangehörigkeitsnachweis
2. Berufsqualifikationsnachweis.
3. Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung im Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in einem anderen Mitgliedstaat, die sich auch darauf erstreckt, dass dem Dienstleister die Ausübung seiner Tätigkeit zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch

Allemagne

nicht vorübergehend, untersagt und wenn erforderlich der Nachweis in beliebiger Form darüber, dass der Dienstleister eine der den Berufen des Psychologischen Psychotherapeuten oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten entsprechende Tätigkeit während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang rechtmäßig ausgeübt hat.

4. Die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache müssen vorliegen.

Für wesentliche Unterschiede zwischen der beruflichen Qualifikation des Dienstleistungserbringers und der nach deutschem Recht geforderten Ausbildung dürfen Ausgleichsmaßnahmen nur gefordert werden, wenn die Unterschiede so groß sind, dass ohne den Nachweis der fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten die öffentliche Gesundheit gefährdet wäre. Der Ausgleich der fehlenden Kenntnisse und Fähigkeiten soll dann in Form einer Eignungsprüfung erfolgen.

5. Vom Dienstleistungserbringer können zudem Informationen über Versicherungsschutz oder einer anderen Art des individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht verlangt werden.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 10 Abs. 5 PsychThG) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (vgl. oben).

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden (§ 9c PsychThG).

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

a. Berufspflichten

Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten haben beim Erbringen der Dienstleistung im Geltungsbereich dieses Gesetzes die Rechte und Pflichten von Personen mit einer Approbation. Sie können den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; zu diesen Bestimmungen gehören etwa Regelungen über die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

Allemagne

Gem. den Landesheilberufe- oder Landesheilberufekammergesetzen, z.B. § 2a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die **gleichen Rechte und Pflichten** zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufsgerichtsbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen, z.B. dem baden-württembergischen, gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, **gehören den Kammern nicht an**, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

ANGLETERRE

PSYCHOLOGUES

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Under the current law of the United Kingdom, **anyone can claim to be a psychologist, psychotherapist or counsellor** and offer their services to the public **irrespective of their training or experience**. Although there are currently **no laws** in the UK **requiring** anyone to hold any qualifications to work as a psychologist, **many employers will expect psychologists working for them to become “chartered” under the Royal Charter, Statutes and Rules of the *British Psychological Society* (the “Society”).**⁴

There has been **recent consultations in the UK**, involving the Department of Health and relating to a **Statutory Order** to regulate psychologists. The “Section 60 Order” is not likely to be tabled until October 2008. It is secondary legislation, which would take practitioner psychologists into regulation by the Health Professions Council (HPC).⁵

“**EuroPsy**” is a pilot project **funded by the European Union** to develop a **European benchmark** in psychology. It has been accepted by the European Federation of Psychologists’ Associations, an organisation representing almost 200,000 psychologists in 32 European states, as the European standard of entry to professional practice - equivalent to the Chartered Status in the UK. It does not of itself represent a licence to practise and **does not supersede the requirements of national registration or licensure**, but sets a **common benchmark** for academic and professional competence in all the countries where it is issued. EuroPsy fits well with the adoption throughout the EU of Directive 2005/36/EC on the mutual recognition of professional qualifications and aims to facilitate the mobility of qualified professionals across Europe. **Those psychologists who meet the criteria for the award may be entered onto the national EuroPsy register and will receive a certificate confirming them as EuroPsy registered psychologists.** The implementation of EuroPsy is being piloted in **six countries, including the UK**, prior to its anticipated introduction throughout Europe during 2009.

⁴ See <http://www.bps.org.uk/the-society/statutory-regulation/stat-reg_home.cfm>.

⁵ For updates on the anticipated legislation and responses to the proposed legislation, see http://www.bps.org.uk/the-society/statutory-regulation/statutory-regulation---latest-updates/statutory-regulation---latest-updates_home.cfm.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Registration as a “Chartered Psychologist” in the UK is **voluntary** and is governed by sections 11 and 12 of the Statutes of the Royal Charter. To become a Chartered Psychologist in the UK, **one must complete a degree course** that is accredited by the Society and take Society **accredited postgraduate training**, specialising in **one area** of psychology. Postgraduate training takes a **minimum of three years**, in addition to **an undergraduate degree**.

To be eligible for Registration as a Chartered Psychologist on the basis of postgraduate **qualification(s) and experience obtained outside of the UK**, one must hold, in addition to the qualification(s) required to establish **Graduate Membership with the Graduate Basis for Registration**, a **postgraduate professional qualification** in one of the applied areas of psychology that the Society recognises. This must be **at least equivalent** to a British postgraduate level qualification (e.g. a British Masters level degree in Counselling Psychology). One must also show **eligibility for Full Membership** of one of the **Society's Professional Divisions**. For example, someone with postgraduate professional training and experience in counselling psychology gained outside the UK must show that **he or she meets the criteria for Full Membership of the Division of Counselling Psychology**.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

The **Society's Admissions Committee** will assess all applications for Registration as a Chartered Psychologist. There are **different application forms** for each of the **different disciplines and specialisations**.

3. Autorité compétente

The **Society** is the representative body for psychology and psychologists in the UK. The Society is required, under the terms of the Royal Charter, to have a Code of Ethics and Conduct. The aim of the Code is that it should apply to all psychologists.⁶

4. Procédure

Applicants must send a **completed application form; authenticated (and translated where necessary) copies of Degrees and Diplomas, course transcripts, course descriptions, Registration / Licensing Certificates** and the appropriate application fee of approximately **£100** to the Society.

⁶ The Code of Ethics and Conduct is available online at http://www.bps.org.uk/downloadfile.cfm?file_uuid=5084A882-1143-DFD0-7E6C-F1938A65C242&ext=pdf.

5. Délais

The application time varies and may take **several weeks** because all applications must be examined by the **various committees** of the Society.

6. Décision et possibilité de recours

Although procedures closely adhere to the EU Directives, **applications may be rejected**. If an application is rejected, then, in the case of clinical qualifications, for instance, an applicant may **appeal within three months of the decision**. The applicant would be required to **submit new information / evidence** than had previously been seen. This is then looked at again by the **Clinical Committee** with a view to making any appropriate amendments within the decision.⁷

B. Liberté de prestation de services

Since, under UK law, anyone can claim to be a psychologist and offer their services to the public irrespective of their training or experience, **this section is not applicable**. It is the responsibility of every Chartered Psychologist to ensure that they have third party cover for their work and, where their employers do not provide it, to effect such cover themselves. Other practising members should follow this advice. Professional indemnity insurance protects psychologists from claims resulting from professional advice or services, but the Society estimates that only one in five members have cover. Policies should include support and advice, and cover reasonable costs incurred in the defence or settlement of a claim for professional indemnity, public liability, cases of libel and slander, and inappropriate release of confidential information.

PSYCHOTHÉRAPIE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

The United Kingdom **Council for Psychotherapy** (“UKCP”) exists to **promote and maintain the profession of psychotherapy and the highest standards** in the practice of psychotherapy throughout the United Kingdom, for the benefit of the public. It regards the **regulation of psychotherapists** and the public accountability of their practice as of paramount importance. **However, registration in the present Register is voluntary and not required by any Act of Parliament.**⁸

⁷ This information was provided by Laura Vann, representative of the British Psychological Society on 20 November 2007.

⁸ This information is available on the website of the United Kingdom Council for Psychotherapy at <http://www.psychotherapy.org.uk/>.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Registration with the UKCP is **voluntary** and is **obtained through Member Organisations**.⁹ The most common route to registration is to **complete accredited training with a Member Organisation of the UKCP**. On completion of such a course an individual becomes **eligible** for registration. However, there are also a number of Member Organisations that can **accredit individuals** who have not trained with a Member Organisation of the UKCP.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Individuals who have not trained with a Member Organisation of the UKCP can still be accredited. For example, although membership with the Association for Group and Individual Psychotherapy ("AGIP") is **through a four-year training programme** leading to professional membership of the AGIP and registration with the UKCP, applicants who have completed part of an appropriate training in a recognised organisation may apply to the Chair of the UKCP for advanced entry to the AGIP training. **Trainings Standards Requirements** as set out by the UKCP are **attached as an appendix** to this Report.

3. Autorité compétente

Registration is obtained **through the UKCP's Member Organisations**. There are **80** such organisations, which can accredit individuals.¹⁰

4. Procédure

Application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP **are different**. To become a member of the AGIP, for example, applicants who have completed part of an appropriate training in a recognised organisation **may apply in writing to the Chair of the UKCP for advanced entry to the AGIP**.

5. Délais

Since application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP are different, the answer to this question **depends on the Member Organisation to which the application is sent**.

6. Décision et possibilité de recours

Since application procedures for membership in each of the 80 Member Organisations of the UKCP are different, the answer to this question **depends on the Member Organisation to which the application is sent**.

B. Liberté de prestation de services

Since registration with the UKCP is voluntary and is not required by any Act of Parliament, this section is **not applicable**.

⁹ For a list of Member Organisations of the UKCP, see <
<http://www.psychotherapy.org.uk/c2/uploads/molist.doc>>.

¹⁰ *Ibid.*



TRAINING REQUIREMENTS OF UKCP: THE REGULATORY FRAMEWORK.

UKCP has agreed **principles** on which to base its **Training Standards** and **policies** to **regulate** them across all psychotherapy modalities. These principles and policies concern the Council's Training Standards Committee, the Sections' Training Standards Committees and Accreditation Committees and the individual Training Organisations which devise and run psychotherapy training courses leading to registration with the Council.

Basic Training Standards were established in 1993 and published as '**Training Requirements of UKCP**'. A Regulatory Framework to integrate the Training Standards with Training Outcomes was agreed in 2001 and published as **UKCP Training Standards: Policy and Principles**.

This short reworking of the main points of both documents sets out:

- the Guiding Principles on which all psychotherapy training should be based;
- the Regulatory Framework which will ensure that standards and outcomes of training are enforced;
- the responsibilities of the various bodies involved;
- the basic Training Requirements.

NB There is a further document detailing the specific UKCP Training Requirements for working with children entitled: '**Psychotherapy with Children: principles, aims and guidelines for training**'.

GUIDING PRINCIPLES

The following Guiding Principles have been agreed:

- Trainings should recognise the existence of different psychotherapies, based on different theories, and should promote respectful understanding of differences between theories.
- Training should be theoretically informed and practice based.
- Training should be related to clinical work in occupational settings.
- Trainings should provide transparency and accountability in their assessment processes.
- Trainings should operate within an equal opportunities framework.

The Regulatory Framework

The Council's **Training Standards Committee**, which has an elected **Training Standards Officer** and representatives from all the Sections, is responsible for ensuring that the Council's basic Training Requirements, including Training Outcomes, are implemented. In order to ensure quality of outcome across the range of modalities and courses the **TSC** monitors and approves the Criteria for Training or Training Requirements established by each Section, ensuring that these conform to the agreed generic standards.

The Training Standards Committee will advise Sections and Training Organisations on any changes in requirements and assist them in the implementation of their approval and review procedures.

The **Sections' Training Standards Committees** are responsible for the production of agreed Section Specific Training Requirements and Training Outcomes.

These must conform to the Central Requirements but must also develop specific requirements, particularly as regards Training Outcomes, that concern the specific modality of psychotherapy that will be practised.

The Section's Training Standards Committees or Accreditation Committees are responsible for the approval of all new courses that are set up by Member Organisations and any that are provided by organisations applying to join the Section. They must monitor and review all courses that have been approved and which lead to individuals' registration as psychotherapists with Council via their Section.

In approving and reviewing courses Section Training Standards and Accreditation Committees must ensure that they adhere to both the Basic and the Section Specific Training Standards.

Sections must have agreed Procedures for visiting and reviewing organisations' Training Courses.

Training Organisations are responsible for the delivery of Training Courses which comply with Basic and Section Specific Training Requirements.

They are responsible for the production of clear and detailed descriptions of their courses in terms of modes of delivery, course structure, modes of assessment and training outcomes. They must prepare adequate documentation for the Training Standards or Accreditation Committees' assessors and reviewers and co-operate with the Section procedures.

Basic Training Requirements: these apply to all psychotherapy modalities.

1. Entry Requirements

- 1.1 Entry is at a postgraduate level of competence.
- 1.2 Candidates must have personal qualities that make them suitable for the profession of psychotherapy
- 1.3 Candidates should have relevant experience of working with people in a responsible role.

2. The Minimum Curriculum.

- 2.1 The study of the theory and practice of psychotherapy from assessment to termination. This should include:
 - a model of the person and mind.
 - a model of gendered and culturally influenced human development
 - a model of human change and ways in which change can be facilitated.
 - a set of clinical concepts to relate theory to practice.
 - an extensive literature which includes a critique of the model.
- 2.2 Acquisition of a critical understanding of the relevance of studies and research findings in human development, psychopathology, sexuality, ethics and social science.
- 2.3 Supervised practice of psychotherapy.
- 2.4 Arrangements to ensure that the trainees can identify and manage appropriately their personal involvement in and contribution to the processes of the psychotherapies that they practice.
- 2.5 An introduction to the range of psychotherapies and counselling so that trainees may have an awareness of alternative treatments.
- 2.6 An opportunity for trainees to develop the capacity to recognise severely disturbed clients.
- 2.7 The development of ability to recognise when the practitioner should seek other professional advice.
- 2.8 Understanding of basic research techniques and their application to the investigation and evaluation of psychotherapeutic interventions from assessment to termination of treatment.

Basic requirements of Training Courses

- 3.1 The Training shall be at postgraduate level.
- 3.2 The length of training shall be appropriate to permit the consolidation and integration of theoretical knowledge and clinical experience and shall not normally be shorter than four years.
- 3.3 Each training course shall be validated by the Section to which the organisation belongs through the Training Standards or Accreditation Committee.
 - The validation of every training course shall be reviewed by the appropriate Section at intervals of not more than five years.
 - All Training courses shall have published criteria and procedures for selection of trainees.
 - Training courses shall publish the Code of Ethics and Practice to which they adhere.
 - Training courses shall have mechanisms for safeguarding the rights of students including consultation procedures and complaints and grievance procedures.
 - Training course shall publish a Trainee's Handbook that has clear information on the length and time frame of courses, a definition of supervised practice with clients, details of course requirements, curriculum and modes of assessment.
 - All courses shall have methods and regulations for the processing of APEL, Assessment of Prior Experiential Learning, and CATS, Credit Accumulation Transfer System, claims where relevant.

Assessment

- 4.1 Each training course shall have a properly constituted body for the assessment of students.
- 4.2 The modes of assessment, such as supervisors' reports, portfolios, written examinations, essays and writing in papers, and the criteria of assessment, must be clearly set out and made available to trainees.
- 4.3 Assessment must be linked to clearly set out Training Outcomes, both generic and section specific, relating to the knowledge base, clinical skills and the context of practice.
- 4.4 The objectives of assessment are to ensure clinical competency within the context of a chosen theoretical model and sound ethical practice. The modes of assessment and the criteria for assessment must relate to these objectives.
- 4.5 Assessment design must be fair to candidates and consistent across different orientations and training routes.
- 4.6 There must be provision for the external assessment of both theory and practice by practitioners qualified and experienced in the theoretical model being taught.
- 4.7 Trainees must be provided with sufficient regular feedback to allow them to assess their own strengths and developmental needs.
- 4.8 Training courses shall have published appeal procedures in the event of disagreement over assessment.

5. Qualification and Registration.

- 5.1 Training organisations shall specify whether qualification coincides with recognition of candidates as eligible for Registration by UKCP.
- 5.2 Where qualification and registration do not coincide, organisations are to specify what further professional development is required for registration.
- 5.3 The definition of such further professional development might include considerations relating to the nature of supervision and the range, quantity and intensity of practice and/or study.
- 5.4 Where qualification and Registration do not coincide, the process of assessment of readiness for Registration shall correspond in general to the requirements of Section 3 above.

6. Continued Professional Development.

- 6.1 Training organisations shall bear in mind a commitment to life long learning and the need for monitoring practice for the best protection of the public.
- 6.2 Each training organisation should make provision for an ongoing graduate body either as an integral part of the organisation or clearly linked to it.
- 6.3 Training organisations should encourage their graduates actively to consider their continuing professional development needs.
- 6.4 Training Organisations must make provision for the continued professional development of their graduates.

Finalised by the Training Standards Committee, November 2003.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. Nr. L 255 vom 30.9.2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/100/EG zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Freizügigkeit anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. L 363 vom 20.12.2006 S. 141 und durch die Verordnung (EG) Nr. 1430/2007, ABl. Nr. L 320 vom 6.12.2007 S. 3,).

2. Österreichisches Recht

a. Gesetze

- Bundesgesetz vom 7. Juni 1990 über die Ausübung der Psychotherapie ([Psychotherapiegesetz](#)), BGBl. Nr. 361/1990 idF: BGBl. I Nr. 98/2001 (NR: GP XXI RV 621 AB 704 S. 75.
- Bundesgesetz über die Niederlassung und die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs von Psychotherapeuten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychotherapiegesetz](#)), BGBl. I Nr. 114/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 94/2008.
- Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Berufszulassung von Psychotherapeuten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychotherapieverordnung](#)) StF: BGBl. II Nr. 409/1999 idF von BGBl. II Nr. 318/2004
- [Berufskodex für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten](#), vom 17.11.1992 zuletzt geändert am 8.10.2002
- Fort- und Weiterbildungsrichtlinie für PsychotherapeutInnen
- Bundesgesetz vom 7. Juni 1990 über die Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ oder „Psychologin“ und über die Ausübung des psychologischen Berufes im Bereich des Gesundheitswesens ([Psychologengesetz](#)), BGBl. Nr. 360/1990 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/2001

Auriche

- Bundesgesetz über die Niederlassung und die Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs von klinischen Psychologen und Gesundheitspsychologen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ([EWR-Psychologengesetz](#)); BGBl. I Nr. 113/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 95/2008.
- [EWR-Psychologenverordnung](#), BGBl. II Nr. 408/1999 zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 317/2004

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

Das Österreichische Recht wurde im Jahr 2008 in Hinblick auf die Niederlassung von Psychotherapeuten und Psychologen aus dem EWR umfassend reformiert.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Begriffsbestimmungen

1. Ärzte mit psychotherapeutischer Kompetenz

Im Rahmen des österreichischen PSY-Diploms (Postpromotionelle Zusatzausbildung für Mediziner) können Ärzte Kompetenzen im Bereich psychotherapeutische Medizin erwerben. Sie bleiben aber Ärzte ihres Fachgebietes und können ihre Tätigkeit mit psychotherapeutischen Interventionen verbinden ohne dass sie hierdurch Psychotherapeuten im Sinne des österreichischen Psychotherapiegesetzes würden. Sie verfügen lediglich über eine für das medizinische Berufsfeld optimierte psychotherapeutische Kompetenz.

2. Psychotherapeuten

Wer Psychotherapeut ist, ergibt sich aus dem österreichischem Psychotherapiegesetz und der Absolvierung dort vorgeschriebenen Spezialausbildung. Der Psychotherapeut muss weder Klinischer Psychologe noch Arzt sein.

3. Psychologen

Als eine Besonderheit im Rahmen europäischer Berufsregelungen gilt das Psychologengesetz, das die Berufssparten der Klinischen Psychologie und der Gesundheitspsychologie (Ausbildung und Berufsausübung) regelt. Klinische Psychologen (und Gesundheitspsychologen) erwerben die im Psychologengesetz geregelte Berechtigung zur Ausübung der psychologischen Heilkunde. Der Klinische Psychologe ist damit nicht automatisch Psychotherapeut im Sinne des Psychotherapiegesetzes. Er ist lediglich zur „wissenschaftlich begründeten Behandlung mit psychologischen Mitteln“ befugt. Für ausländische Psychologe gilt das EWR-Psychologengesetz.

A. Niederlassung als Psychotherapeut

1. Titel

Die Ausübung der Psychotherapie im Sinne des österreichischen Rechts ist die nach einer allgemeinen und besonderen Ausbildung erlernte, umfassende, bewußte und geplante Behandlung von psychosozial oder auch psychosomatisch bedingten Verhaltensstörungen und Leidenszuständen mit wissenschaftlich-psychotherapeutischen Methoden in einer Interaktion zwischen einem oder mehreren Behandelten und einem oder mehreren Psychotherapeuten mit dem Ziel, bestehende Symptome zu mildern oder zu beseitigen, gestörte Verhaltensweisen und Einstellungen zu ändern und die Reifung, Entwicklung und Gesundheit des Behandelten zu fördern. Die selbständige Ausübung der Psychotherapie setzt grundsätzlich die Absolvierung einer allgemeinen und einer besonderen Ausbildung voraus. Sowohl der allgemeine Teil (psychotherapeutisches Propädeutikum) als auch der besondere Teil (psychotherapeutisches Fachspezifikum) wird durch eine theoretische und praktische Ausbildung vermittelt.

Eine Ausübung von Gesundheitsberufen in Österreich bedarf einer Berufsberechtigung. Bei außerhalb Österreichs erworbenen Qualifikationen ist eine Anerkennung durch die zuständigen österreichischen Behörden vor der Ausübung unabdingbar. Ohne Anerkennung begehen sowohl Ausübende als auch jene, die diese Personen heranziehen, neben allfälligen zivil- und strafrechtlichen Haftungsfolgen eine mit Geldstrafe bedrohte Verwaltungsübertretung.

Wer zur selbständigen Ausübung der Psychotherapie berechtigt ist, hat im Zusammenhang mit der Ausübung seines Berufes die Berufsbezeichnung „Psychotherapeut“ oder „Psychotherapeutin“ zu führen. Er kann als Zusatzbezeichnung einen Hinweis auf die jeweilige methodenspezifische Ausrichtung jener psychotherapeutischen Ausbildungseinrichtung, bei der die Psychotherapieausbildung absolviert worden ist, anfügen.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Qualifikationsnachweise für den reglementierten Beruf des Psychotherapeuten, die einem Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft von den zuständigen Behörden eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgestellt wurden, sind nach den Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und durch die Verordnung (EG) Nr. 1430/2007 entsprechend den Regeln EWR-Psychotherapeutengesetzes anzuerkennen.

Der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend hat Staatsangehörigen eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf Antrag die Berechtigung zur Berufsausübung als Psychotherapeut zu erteilen und in die Psychotherapeutenliste gemäß den Bestimmungen des Psychotherapiegesetzes einzutragen.

Ist der Beruf des Psychotherapeuten in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht reglementiert, sind die von den zuständigen Behörden ausgestellten Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise für die Ausübung dieses Berufs den Qualifikationsnachweisen gleichgestellt. Dies unter der Voraussetzung, dass die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise bestimmten Anforderungen entsprechen und der Beruf des Psychotherapeuten vollzeitlich zwei Jahre in den vorhergehenden zehn Jahren in dem Mitgliedstaat ausgeübt worden ist. Das Erfordernis der zweijährigen Berufsausübung entfällt, sofern die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise eine reglementierte Ausbildung bestätigen.

Autriche

Die Zulassung zur Berufsausübung ist an die Bedingung der erfolgreichen Absolvierung wahlweise eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrgangs oder einer Eignungsprüfung zu knüpfen, wenn sich die absolvierte Ausbildung unter Berücksichtigung der im Rahmen der Berufserfahrung erworbenen Kenntnisse wesentlich von der entsprechenden österreichischen Ausbildung unterscheidet.

Der Antragsteller hat folgende Informationen zu umfassen: einen Nachweis der Staatsangehörigkeit; den Qualifikationsnachweis, den Nachweis über die Berufsberechtigung im Herkunftsstaat und gegebenenfalls den Nachweis über erworbene Berufserfahrung; einen Nachweis der für die Erfüllung der Berufspflichten erforderlichen gesundheitlichen Eignung; einen Nachweis der für die Erfüllung der Berufspflichten erforderlichen Vertrauenswürdigkeit; einen Nachweis eines Wohnsitzes oder eines Zustellungsbevollmächtigten in Österreich vorzulegen und den in Aussicht genommenen Berufssitz oder Dienort. Über eine Änderung des Wohnsitzes oder des Zustellungsbevollmächtigten (Z 5) hat der Antragsteller das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend umgehend zu benachrichtigen. Ab der Eintragung in die Psychotherapeutenliste sind die Bestimmungen des Psychotherapiegesetzes anzuwenden.

b. Antragsinhalt

aa. Diplom/Prüfung der Gleichwertigkeit

Vor der Durchführung des Verfahrens zur Eintragung in die Psychotherapeutenliste hat der Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation zu prüfen. Maßstab für die Prüfung der Gleichwertigkeit ist die fachliche Qualifikation entsprechend einer in der Republik Österreich absolvierten Ausbildung zum Psychotherapeuten gemäß dem Psychotherapiegesetz. Der Anerkennungswerber hat zum Nachweis der Qualifikation dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend einen Qualifikationsnachweis vorzulegen. Zur Beurteilung der im Ausland erworbenen Qualifikation und deren Gleichwertigkeit ist erforderlichenfalls ein Sachverständigengutachten einzuholen.

Unterscheidet sich die absolvierte Ausbildung wesentlich von der entsprechenden Ausbildung an anerkannten Ausbildungseinrichtungen in der Republik Österreich, so ist eine Ausgleichsmaßnahme zu absolvieren. Der Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat als Ausgleichsmaßnahme einen Anpassungslehrgang und eine Eignungsprüfung festzulegen. Eine der Ausgleichsmaßnahmen ist nach Wahl des Anerkennungswerbers zu absolvieren.

Der Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat innerhalb von einem Monat den Empfang der Unterlagen zu bestätigen und mitzuteilen, welche Unterlagen fehlen, sowie innerhalb von vier Monaten nach Vorlage der vollständigen Unterlagen betreffend die fachliche Qualifikation im jeweiligen Einzelfall mit Bescheid festzustellen, ob die fachlich theoretische und fachlich praktische Qualifikation im wesentlichen einer der in der Republik Österreich anerkannten Ausbildungen gemäß dem Psychotherapiegesetz entspricht. Sofern sich die ausländische Qualifikation in wesentlichen Inhalten von der österreichischen Qualifikation unterscheidet, ist mitzuteilen, in welcher Weise und in welchem Umfang für die Berufszulassung in Österreich ein Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung zu absolvieren sind.

Ein Anpassungslehrgang ist die Ausübung des Berufs als Psychotherapeut in Österreich unter der Verantwortung eines qualifizierten Berufsangehörigen, hat mit einer Zusatzausbildung einherzugehen, sofern diese fachlich erforderlich ist und ist von einem qualifizierten Berufsangehörigen zu bewerten.

Autriche

Eine Eignungsprüfung ist eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten des Antragstellers betreffende Prüfung, mit der die Fähigkeiten des Antragstellers, in Österreich den Beruf als Psychotherapeut auszuüben, beurteilt werden.

Werden im Rahmen des Verfahrens wesentliche Unterschiede zwischen der nach diesem Bundesgesetz erforderlichen und der im Herkunftsstaat erworbenen Qualifikation festgestellt, die die Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen erfordern, ist der Antragsteller berechtigt, bis zum Nachholen der fehlenden Ausbildungsinhalte ein Aussetzen des Verfahrens zu beantragen. Das Verfahren ist auf Antrag fortzusetzen. Bei einer Aussetzung des Verfahrens von länger als sechs Monaten sind bei Antragstellung auf Fortsetzung des Verfahrens zusätzlich zu den ergänzenden Qualifikationsnachweisen und Nachweisen über Berufserfahrung neue Nachweise und bei Änderungen aktualisierte Nachweise vorzulegen. Unterbleibt ein Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens, ist das Zulassungsverfahren nach Ablauf von zwei Jahren ab Einbringung des Aussetzungsantrags ohne weiteres Verfahren formlos einzustellen.

Der Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat für die Durchführung der Prüfung der Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation sowie für die Festlegung der Inhalte der Eignungsprüfung und des Anpassungslehrgangs nähere Vorschriften durch Verordnung festzulegen.

bb. Eintragung in die Psychotherapeutenliste

Formelle Voraussetzungen: Nachweise über:

Ist nach Durchführung des Prüfverfahrens die Gleichwertigkeit der fachlichen Qualifikation mit Bescheid festgestellt worden oder hat der Anerkennungswerber die Gleichwertigkeit durch die erfolgreiche Absolvierung der gewählten Ausgleichsmaßnahme hergestellt, so kann er ein Ansuchen um Eintragung in die Psychotherapeutenliste stellen. Für dieses Ansuchen ist das vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgelegte Formblatt zu verwenden.

Der Anerkennungswerber hat dem Ansuchen um Eintragung in die Psychotherapeutenliste Nachweise über die gesundheitliche Eignung und die Vertrauenswürdigkeit anzuschließen.

Der Anerkennungswerber hat weiters folgendes ausdrücklich auf dem Formblatt für das Ansuchen um Eintragung in die Psychotherapeutenliste anzuführen oder zu bestätigen:

1. das Vorliegen der Eigenberechtigung,
2. die Vollendung des 28. Lebensjahres sowie
3. bei beabsichtigter Niederlassung der in der Republik Österreich in Aussicht genommene Berufssitz bei freiberuflicher Tätigkeit und/oder
4. der in der Republik Österreich in Aussicht genommene Dienort bei einer Tätigkeit im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses.

Bei Vorliegen aller Voraussetzungen ist der Anerkennungswerber vom Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in die Psychotherapeutenliste gemäß des Psychotherapiegesetzes einzutragen.

Auriche

cc. Gesundheitliche Eignung und Vertrauenswürdigkeit

Als Nachweise der gesundheitlichen Eignung und der Vertrauenswürdigkeit werden folgende Nachweise anerkannt (Artikels 50 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG):

1. Nachweis der gesundheitlichen Eignung durch ein ärztliches Zeugnis, das bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein darf, wobei auch ein Zeugnis aus dem Herkunftsstaat als ausreichend anzusehen ist;

2. Nachweis der Vertrauenswürdigkeit durch eine Strafregisterbescheinigung, die bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein darf, wobei auch ein Nachweis aus dem Herkunftsstaat als ausreichend anzusehen ist.

dd. Übersetzungen

Alle Diplome, Nachweise und Bescheinigungen sind beim Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in beglaubigter Abschrift in deutscher Sprache einzureichen. Zu fremdsprachigen Diplomen sind beglaubigte Übersetzungen vorzulegen.

c. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Zuständige Behörde ist das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend.

Abteilung I/B/7 (Rechtsangelegenheiten Ärzte, Psychologie und Psychotherapie)
Leiter: Dr. Michael Kierein; Telefonische Auskunft des Bereichs B - Gesundheits-, Kranken- und Unfallversicherungsrecht: Tel: 01/711 00-4882; Fax: 01/718 71 83

bb. Verfahren, Fristen

Dauer des Verfahrens: ca. vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen

d. Listeneintrag

Die Listenführung der Berechtigten obliegt ebenfalls dem Bundesministerium für Gesundheit (Formblatt).

e. Rechtsstellung

Die zugelassenen Psychotherapeuten haben den gleichen Statuts wie die inländischen. Die (inländischen) Vorschriften des Psychotherapiegesetzes gelten (insbesondere hinsichtlich der Berufspflichten) auch für im Inland tätige Ausländer.

B. Dienstleistungsfreiheit (Psychotherapeuten)

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Staatsangehörige eines EWR-Vertragsstaats oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft die den reglementierten Beruf des Psychotherapeuten in einem EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft rechtmäßig ausüben, sind berechtigt, von ihrem ausländischen Berufssitz oder Dienstort aus im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs vorübergehend Dienstleistungen als Psychotherapeuten in Österreich zu erbringen.

Lehrpersonen dürfen den psychotherapeutischen Beruf in der Republik Österreich vorübergehend zu Zwecken der Lehre, Forschung oder fachlichen Aus- und Fortbildung im Rahmen von anerkannten Ausbildungseinrichtungen ausüben. Solche Personen sind von den im Rahmen der anerkannten Ausbildungseinrichtungen zur Vertretung nach außen Berufenen bis längstens eine Woche vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich oder per Telefax dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bekanntzugeben. Die Verständigung hat zumindest Zeitpunkt, Dauer, Ort und Inhalt der Tätigkeit zu beinhalten.

2. Meldungspflicht

Vor der erstmaligen Erbringung einer vorübergehenden Dienstleistung in Österreich, die einen vorübergehenden Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert, hat der Dienstleistungserbringer dem Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend unter Beifügung folgender Urkunden schriftlich Meldung zu erstatten: Nachweis über die Staatsangehörigkeit, Bescheinigung der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaats, aus der hervorgeht, dass der Dienstleistungserbringer den reglementierten Beruf des Psychotherapeuten rechtmäßig ausübt und dass ihm die Berufsausübung zum Zeitpunkt der Vorlage der Bescheinigung nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist und einen Qualifikationsnachweis.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend Dienstleistungen zu erbringen. Bei wesentlichen Änderungen gegenüber dem in den Urkunden bescheinigten Sachverhalt sind die entsprechenden ergänzenden Urkunden vorzulegen.

Vor Aufnahme der vorübergehenden Dienstleistung hat der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend zur Verhinderung einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Gesundheit des Dienstleistungsempfängers auf Grund mangelnder Berufsqualifikation des Dienstleistungserbringers dessen Qualifikation nachzuprüfen.

Der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend hat innerhalb eines Monats nach vollständiger Meldung den Dienstleistungserbringer über die Entscheidung betreffend die Nachprüfung der Berufsqualifikation und deren Ergebnis bzw. bei Verzögerung der Entscheidung über die Gründe für die Verzögerung sowie über den Zeitplan für die Entscheidung zu unterrichten. Die Entscheidung betreffend die Nachprüfung hat spätestens innerhalb von zwei Monaten nach vollständiger Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu erfolgen.

Ergibt die Nachprüfung, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen der Qualifikation des Dienstleistungserbringers und der für die Ausübung der entsprechenden Tätigkeiten gemäß dem Psychotherapiegesetz erforderlichen Qualifikation besteht, der den Schutz der Gesundheit des Dienstleistungsempfängers gefährden könnte, hat der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend dem Dienstleistungserbringer die Möglichkeit zu geben, innerhalb eines Monats ab Zustellung der Entscheidung im Rahmen einer Eignungsprüfung die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten nachzuweisen. Kann der Dienstleistungserbringer die fehlenden Kenntnisse und Fertigkeiten im Rahmen der Eignungsprüfung nicht nach-

Auriche

weisen, hat der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend diesem die vorübergehende Erbringung von Dienstleistungen mit Bescheid zu untersagen.

3. Rechtsstellung

a. Berufspflichten

Dienstleistungserbringer unterliegen bei Erbringung der Dienstleistung dem Psychotherapiegesetz, insbesondere den geltenden Berufspflichten und haben die Dienstleistung unter der Berufsbezeichnung gemäß dem Psychotherapiegesetzes zu erbringen.

Personen, die in Österreich den Beruf des Psychotherapeuten rechtmäßig ausüben, hat der Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend zum Zweck der vorübergehenden Dienstleistungserbringung in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, dass der Betreffende den Beruf in Österreich rechtmäßig ausübt und den für die Berufsausübung erforderlichen Qualifikationsnachweis besitzt.

b. Kein Listeneintrag

Eine Eintragung in die Psychotherapeutenliste hat bei blosser Dienstleistung nicht zu erfolgen.

Adressen:

ÖBVP (Österreichischen Bundesverbandes für Psychotherapie)

Büro des ÖBVP
1030 Wien, Löwengasse 3/5/6
Tel. (01) 5127090
Fax: (01) 5127091
E-Mail: oebvp@psychotherapie.at

Landesverbände

Burgenländischer Landesverband für Psychotherapie

7000 Eisenstadt
Esterhazystraße 3/1/2
Tel & Fax: (02682) 63010
www.blp.at

Kärntner Landesverband für Psychotherapie

9020 Klagenfurt
Rudolfsbahngürtel 2
Telefon: (0463) 50 07 56 - Fax: (0463) 59 07 56
www.klp.at

Autriche

Niederösterreichischer Landesverband für Psychotherapie

2326 Maria Lanzendorf

Hauptstraße 22

Telefon: (02235) 42 965 - Fax: (02235) 44 039

www.psychotherapie.at/noelp

Oberösterreichischer Landesverband für Psychotherapie

4020 Linz, Adlergasse 12

Tel & Fax: (0732) 77 60 90

www.psychotherapie.at/ooelp

Salzburger Landesverband für Psychotherapie

5024 Salzburg, Postfach 14

Telefon: (0662) 82 38 25 Fax: (0662) 422 737

www.psychotherapie.at/slp

Steirischer Landesverband für Psychotherapie

8010 Graz, Elisabethstraße 38

Telefon: (0316) 37 25 00 - Fax: (0316) 36 50 17

www.stlp.at

Tiroler Landesverband für Psychotherapie

6020 Innsbruck, Leopoldstraße 38

Tel & Fax: (0512) 56 17 34

www.psychotherapie-tirol.at

Vorarlberger Landesverband für Psychotherapie

6850 Dornbirn, Steinebach 13

Telefon: (05572) 21463

Fax: (05572) 37 25 51

www.psychotherapie.at/vlp

Wiener Landesverband für Psychotherapie

1090 Wien, Lustkandlgasse 23/3-4

Telefon: (01) 512 71 02

Telefon: (01) 512 61 73

Fax: (01) 512 44 77

www.psychotherapie.at/wlp

C. Niederlassung als Psychologe

1. Titel

Gem. § 1 PsychG ist zur Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ oder „Psychologin“ berechtigt, wer entweder die Studienrichtung Psychologie mit dem akademischen Grad Magister der Philosophie oder Magister der Naturwissenschaften abgeschlossen hat, das Studium der Psychologie als erstes Fach nach der Verordnung über die philosophische Rigorosenordnung mit dem Doktorat der Philosophie abgeschlossen hat, das Studium der Psychologie mit dem Titel „Diplompsychologe“ abgeschlossen hat oder einen in Österreich nostrifizierten Abschluß eines ordentlichen Studiums der Psychologie an einer ausländischen Hochschule nachweist.

2. Berufszulassung als Psychologe

Die Vorschriften über die Berufszulassung von Psychologen aus dem EWR entsprechen inhaltlich weitestgehend den Vorschriften für Psychotherapeuten aus dem EWR (siehe dazu oben, in der Form von BGBl. I 94/2008). Die entsprechenden Regelungen finden sich nach der Novelle im Jahr 2008 (BGBl. I 95/2008) im [EWR-Psychologengesetz](#).

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Article 44 de la loi n°85-772 du 25 juillet 1985 portant diverses dispositions d'ordre social.

Article 52 de la loi n° 2004-806 relative à la politique de santé publique sur l'usage du titre de psychothérapeute modifié par l'article 91 de la loi n° 2009-879 du 21 juillet 2009 portant réforme de l'hôpital et relative aux patients, à la santé et aux territoires.

Circulaire n° DHOS/P2/DREES/2003/143 du 21 mars 2003 relative à l'enregistrement des diplômes des psychologues au niveau départemental.

Circulaire n° 2004-134 du 6 août 2004 relative aux modalités d'accès au titre de psychologue des ressortissants d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un Etat partie à l'Espace européen.

Arrêté du 26 décembre 1990 fixant la composition de la commission charge d'émettre un avis sur les diplômes étrangers dont les titulaires demandent l'autorisation de faire usage du titre de psychologue.

Décret n° 2003-1073 du 14 novembre 2003 relatif aux conditions de délivrance de l'autorisation de faire usage professionnel du titre de psychologue prévue à l'article 44-II de la loi n° 85-772 du 25 juillet 1985 modifiée.

Arrêté du 18 novembre 2003 relatif à la composition du dossier et aux modalités d'organisation de l'épreuve d'aptitude et du stage d'adaptation prévues par le décret n° 2003-1073 du 14 novembre 2003 relatif aux conditions de délivrance de l'autorisation de faire usage professionnel du titre de psychologue prévue à l'article 44-II de la loi n° 85-772 du 25 juillet 1985 modifiée.

2. Interrelation avec le droit européen

Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

Directive 89/48/CEE du Conseil du 21 décembre 1988 modifiée relative à un système général de reconnaissance des diplômes d'enseignement supérieur qui sanctionnent des formations professionnelles d'une durée minimale de trois ans.

Accord conclu le 21 juin 1999 entre la communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001 – décret n° 2002-946 du 25 juin 2002

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Aussi bien pour les psychologues que pour les psychothérapeutes, il ne s'agit pas en France de professions au sens propre mais de titres dont l'usage est réglementé.

L'article 57 de la loi n° 2002-303 du 4 mars 2002 relative aux droits des malades et à la qualité du système de santé a rendu obligatoire, pour les personnes autorisées à faire usage professionnel du titre de psychologue, l'enregistrement au niveau départemental, de leur diplôme ou de la décision ministérielle pour exercer en France.

L'usage professionnel du titre de psychologue, accompagné ou non d'un qualificatif, est réservé aux titulaires d'un diplôme, certificat ou titre sanctionnant une formation universitaire fondamentale et appliquée de haut niveau en psychologie préparant à la vie professionnelle et figurant sur une liste fixée par décret en Conseil d'Etat ou aux titulaires d'un diplôme étranger reconnu équivalent aux diplômes nationaux exigés.

Les personnes autorisées à faire usage du titre de psychologue sont tenues de faire enregistrer sans frais, auprès du service de l'Etat compétent ou de l'organisme désigné à cette fin, leur diplôme mentionné précédemment ou l'autorisation mentionnée plus bas concernant les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou d'une autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen. En cas de changement de situation professionnelle, elles en informent ce service ou cet organisme.

Il est établi, pour chaque département, par le service de l'Etat compétent ou l'organisme désigné à cette fin, une liste de cette profession, portée à la connaissance du public.

Peuvent être autorisés à faire usage professionnel du titre de psychologue par le ministre chargé de l'enseignement supérieur les ressortissants d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen qui, sans posséder l'un des diplômes, certificats ou titres sanctionnant une formation universitaire fondamentale et appliquée de haut niveau en psychologie préparant à la vie professionnelle et figurant sur une liste fixée par décret en Conseil d'Etat, ont suivi avec succès un cycle d'études les préparant à l'exercice de la profession et répondant aux exigences fixées par voie réglementaire, et qui sont titulaires :

- 1° D'un ou plusieurs diplômes, certificats ou autres titres permettant l'exercice de la profession dans un Etat membre ou un Etat partie qui réglemente l'accès ou l'exercice de la profession, délivrés :
 - a) Soit par l'autorité compétente de cet Etat et sanctionnant une formation acquise de façon prépondérante dans un Etat membre ou un Etat partie, ou dans un pays tiers, dans des établissements d'enseignement qui dispensent une formation conforme aux dispositions législatives, réglementaires ou administratives de cet Etat membre ou partie ;
 - b) Soit par un pays tiers, à condition que soit fournie une attestation émanant de l'autorité compétente de l'Etat membre ou de l'Etat partie qui a reconnu le ou les diplômes, certificats ou autres titres, certifiant que le titulaire de ce ou ces diplômes, certificats ou autres titres a une expérience professionnelle dans cet Etat de trois ans au moins ;
- 2° Ou d'un ou plusieurs diplômes, certificats ou autres titres sanctionnant une formation réglementée, spécifiquement orientée sur l'exercice de la profession de psychologue, dans un Etat membre ou un Etat partie qui ne réglemente pas l'accès ou l'exercice de cette profession;

France

- 3° Ou d'un ou plusieurs diplômes, certificats ou autres titres obtenus dans un Etat membre ou un Etat partie qui ne réglemente ni l'accès ou l'exercice de cette profession ni la formation conduisant à l'exercice de cette profession, à condition de justifier d'un exercice à plein temps de la profession pendant deux ans au moins au cours des dix années précédentes ou pendant une période équivalente à temps partiel, dans cet Etat, à condition que cet exercice soit attesté par l'autorité compétente de cet Etat.

Lorsque la formation de l'intéressé porte sur des matières substantiellement différentes de celles qui figurent au programme de l'un ou l'autre des diplômes, certificats ou autres titres mentionnés au I, ou lorsqu'une ou plusieurs des activités professionnelles dont l'exercice est subordonné auxdits diplômes, certificats ou titres ne sont pas réglementées par l'Etat d'origine ou de provenance ou sont réglementées de manière substantiellement différente, le ministre chargé de l'enseignement supérieur peut exiger, après avoir apprécié la formation suivie et les acquis professionnels, que l'intéressé choisisse soit de se soumettre à une épreuve d'aptitude, soit d'accomplir un stage d'adaptation dont la durée ne peut excéder trois ans et qui fait l'objet d'une évaluation.

En ce qui concerne la possibilité pour les ressortissants étrangers de pouvoir porter le titre de psychologue, l'article 1 du décret n° 2003-1073 du 14 novembre 2003 prévoit que les ressortissants d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen (et les ressortissants suisses du fait de l'accord bilatéral entre les Etats membres de l'Union européenne et la Confédération suisse) qui ne possèdent pas l'un des diplômes, certificats ou titres mentionnés au I de l'article 44 de la loi du 25 juillet 1985 susvisée peuvent être autorisés à faire usage professionnel du titre de psychologue par décision du ministre chargé de l'enseignement supérieur prise après avis de la commission mentionnée au 3° de l'article 1^{er} du décret du 22 mars 1990 susvisé.

L'usurpation du titre de psychologue est punie des peines encourues par le délit d'usurpation de titre prévu par l'article 433-17 du code pénal¹¹.

Concernant maintenant la profession de psychothérapeute, il est prévu à l'article 52 de la loi n° 2004-806 relative à la politique de santé publique sur l'usage du titre de psychothérapeute que l'usage du titre de psychothérapeute est réservé aux professionnels inscrits au registre national des psychothérapeutes.

L'inscription est enregistrée sur une liste dressée par le représentant de l'Etat dans le département de leur résidence professionnelle. Elle est tenue à jour, mise à la disposition du public et publiée régulièrement. Cette liste mentionne les formations suivies par le professionnel. En cas de transfert de la résidence professionnelle dans un autre département, une nouvelle inscription est obligatoire. La même obligation s'impose aux personnes qui, après deux ans d'interruption, veulent à nouveau faire usage du titre de psychothérapeute.

Un décret en Conseil d'Etat doit venir préciser les modalités d'application du présent article et les conditions de formation théoriques et pratiques en psychopathologie clinique que doivent remplir les professionnels souhaitant s'inscrire au registre national des psychothérapeutes. Il doit définir les conditions dans lesquelles les ministres chargés de la santé et de l'enseignement supérieur agréent les établissements autorisés à délivrer cette formation.

¹¹ Article 44 de la loi n°85-772 du 25 juillet 1985 portant diverses dispositions d'ordre social.

France

L'accès à cette formation est réservé aux titulaires d'un diplôme de niveau doctorat donnant le droit d'exercer la médecine en France ou d'un niveau master dont la spécialité ou la mention est psychologie ou la psychanalyse.

En outre, ce décret en Conseil d'Etat devra définir les conditions dans lesquelles les titulaires d'un diplôme de docteur en médecine, les personnes autorisées à faire usage du titre de psychologue dans les conditions définies par l'article 44 de la loi n° 85-772 du 25 juillet 1985 portant diverses dispositions d'ordre social et les psychanalystes régulièrement enregistrés dans les annuaires de leurs associations peuvent bénéficier d'une dispense totale ou partielle pour la formation en psychopathologie clinique.

Enfin, ce décret précisera également les dispositions transitoires dont peuvent bénéficier les professionnels justifiant d'au moins cinq ans de pratique de la psychothérapie à la date de publication du décret.

Toutefois, il n'y a à ce jour aucun décret d'application. Par conséquent, l'obligation d'inscription n'est pas appliquée. Cela signifie pour l'instant qu'un Suisse peut s'installer en France en portant le titre de psychothérapeute, sans qu'aucune formalité ne soit nécessaire.

Par conséquent, seuls les psychologues sont traités dans la suite de cet avis.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

A l'appui de sa demande d'autorisation, l'intéressé doit présenter un dossier dont la composition est fixée par arrêté du ministre chargé de l'enseignement supérieur, pris après avis de la commission mentionnée à l'article 1er.

Ce dossier comprend notamment:

- une liste de diplômes, certificats ou titres obtenus par le demandeur;
- une description du contenu et de la durée des différentes formations suivies par lui;
- une description de l'expérience professionnelle dont il peut se prévaloir.

A la réception du dossier complet du demandeur, un accusé de réception lui est délivré¹².

3. Autorité compétente

La commission chargée de donner un avis sur le niveau scientifique des diplômes étrangers en psychologie dont les titulaires demandent à faire usage du titre de psychologue comprend de neuf à dix-huit membres, dont :

- deux tiers d'enseignants-chercheurs choisis pour leur compétence dans l'un des domaines de la psychologie, leur expérience du fonctionnement des diplômes nationaux et leur connaissance des systèmes de formations étrangers ;
- un tiers de psychologues, proposés par les organisations professionnelles les plus représentatives.

¹² Article 2 du décret n° 2003-1073 du 14 novembre 2003.

4. Procédure

Si le demandeur ne justifie pas avoir suivi avec succès un cycle d'études post-secondaires, préparant à l'exercice de la profession, d'une durée minimale de trois ans, ou d'une durée équivalente à temps partiel, dans une université ou un établissement d'enseignement supérieur ou dans un autre établissement du même niveau de formation et, lorsque l'Etat dans lequel il a suivi ce cycle d'études l'exige, avoir suivi avec succès la formation professionnelle requise en plus de ce cycle d'études, la demande est rejetée comme irrecevable sans être transmise à la commission.

Dans tous les autres cas, le dossier est transmis sans délai à la commission pour qu'elle donne son avis au regard des conditions posées par le décret¹³.

5. Délais

Le ministre chargé de l'enseignement supérieur statue sur la demande, par une décision motive prise après avis de la commission mentionnée précédemment, dans le délai de 4 mois à compter de la date de délivrance de l'accusé de réception délivré au demandeur. Le silence gardé pendant plus de quatre mois sur la demande d'autorisation vaut décision de rejet.

Dans le cas où l'intéressé est soumis, par cette décision, à une épreuve d'aptitude ou à un stage d'adaptation, l'autorisation est accordée par le ministre chargé de l'enseignement supérieur après réussite à l'épreuve d'aptitude ou validation du stage d'adaptation.

6. Décision et possibilité de recours

Les textes ne prévoient pas de recours contre la décision. Il nous a été précisé par le ministère de l'enseignement supérieur qu'aucun recours n'avait jusqu'à présent été exercé et que, de plus, la décision ne constituait jamais un refus complet dans la mesure où le candidat avait la possibilité d'obtenir l'autorisation de porter le titre de psychologue en réussissant l'épreuve d'aptitude ou en validant le stage d'adaptation.

7. Effets de l'autorisation

Le candidat peut porter le titre de psychologue en France. L'inscription est faite auprès de la DDASS (Direction Des Affaires Sanitaires et Sociales) du département.

¹³ Article 3 du décret n° 2003-1073 du 14 novembre 2003.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Dans la mesure où il ne s'agit pas d'une profession réglementée, un psychologue étranger ne peut exercer en France par le biais de la prestation de services. Il n'est, en effet, pas autorisé à porter le titre de psychologue en France. Il lui est donc nécessaire de procéder aux démarches précédemment décrites.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Sans objet

3. Autorité compétente

Sans objet

4. Procédure

Sans objet

5. Délais

Sans objet

6. Décision et possibilité de recours

Sans objet

7. Effets de l'autorisation

Sans objet

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Pas de dispositions spécifiques dans la mesure où la profession n'est pas réglementée.

ITALIE

1. PSICOLOGO

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

La professione di **psicologo** è, in Italia, una “**professione regolamentata**”¹⁴. **Due** sono le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell’esercizio, in Italia, della professione di **psicologo** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante “Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell’adesione della Bulgaria e Romania” (qui di seguito: “**D. lgs. 206/2007**”)

Il D. Lgs. 206/2007 ha **abrogato**, fra gli altri, il **D. Lgs. 115/1992**, recante “Attuazione della direttiva n. 89/48/CEE relativa ad un sistema generale di riconoscimento dei diplomi di istruzione superiore che sanzionano formazioni professionali di una durata minima di tre anni” (v. art. 60, rubricato: “Abrogazioni”). **Tale decreto si applicava in particolare alla professione di psicologo, menzionato nell’Allegato A.**

- **Legge 18 febbraio 1989 n. 56** recante “Ordinamento della professione di psicologo” (qui di seguito: “**Legge 56/1989**”)

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007 **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di psicologo**. Il **coordinamento** fra il D. Lgs. 206/2007, le disposizioni del D. Lgs. 115/92, abrogato certo, ma che continua a figurare sul sito dell’Ordine nazionale degli Psicologi, e la Legge 56/1989 che istituisce l’Ordine e l’Albo degli Psicologi ma senza fare riferimento al riconoscimento di titoli esteri, **non è agevole**.

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l’Italia l’Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l’« **Accordo** »). L’Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l’applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l’art. 9 dell’Accordo, il cui testo è il seguente.

¹⁴ Ai sensi dell’art. 4, comma 1, lit. a), del D. Lgs. 206/2007.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di *psicologo*, ad oggi, il Ministero della Giustizia**¹⁵ – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che **“per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea”**.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla **professione di *psicologo***. Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », alcune **regole generali**, che valgono per tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di psicologo.

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *psicologo* : ad oggi, il **Ministero della Giustizia** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** (non pare essere il caso della professione di **psicologo** : v. infra, A.2. punto 2), o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si

¹⁵ V. la lista delle professioni vigilate dal Ministero della Giustizia sulla pagina web: http://www.giustizia.it/professionioni/ord_coll_vig.htm.

Italie

considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.**

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria o amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro.**

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi.**

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

Sul sito dell'**Ordine degli Psicologi**¹⁶ si invitano i richiedenti a presentare la **seguinte documentazione** (il D. Lgs. 115/92 cui viene talvolta fatto rinvio è stato, come detto, abrogato).

- allegare **certificato di cittadinanza** di un Paese della UE;
- propria **residenza** in Italia e/o all'Estero;
- **titolo nella lingua originale** dello Stato di conseguimento/ esercizio;
- per la **formazione acquisita** per almeno 2/3 in uno Stato UE: Stato membro e autorità competente;
- per la **formazione acquisita** per più di 1/3 in uno Stato non UE: Stato membro che ha riconosciuto il titolo (art. 1.4 D. Lgs. 115/92);
- art. 1.3 D. Lgs. 115/92: va allegato un certificato rilasciato da detto Istituto con l'indicazione dei periodi di studio, delle materie e degli esami superati, del titolo conseguito;
- Pubblica Amministrazione o Ente pubblico a cui è attribuita la tenuta dell'Albo, registro o elenco;
- **formazione** a cui è subordinata nel Paese di provenienza l'iscrizione in albi, registri o elenchi e fonte legislativa di tale subordinazione; indicare inoltre eventuale tirocinio e/o superamento dell'esame di abilitazione ed allegare la corrispondente documentazione;
- **professione o attività professionale esercitabile** con il titolo de quo nello Stato di provenienza;
- per la formazione acquisita per più di 1/3 in uno Stato terzo, **documentare tale attività**;
- indicare la **fonte legislativa**

¹⁶ V. www.psy.it.

2. Formazione richiesta

Per l'accesso o l'esercizio alla professione di **psicologo** sono ammessi al riconoscimento professionale le **qualifiche professionali che sono prescritte da un altro Stato membro per accedere alla corrispondente professione ed esercitarla**. Gli attestati di competenza o i titoli di formazione ammessi al riconoscimento devono **soddisfare le seguenti condizioni** (art. 21 D.Lgs. 206/2007):

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente al livello *immediatamente precedente* a quella prevista dalle normative nazionali**.

L'accesso e l'esercizio della professione regolamentata sono consentiti anche ai richiedenti che abbiano esercitato **a tempo pieno tale professione per due anni**, nel corso dei precedenti **dieci**, in un altro Stato membro che **non la regolamenti** e abbiano uno o più attestati di competenza o uno o più titoli di formazione che soddisfino le **seguenti condizioni**:

- essere stati rilasciati da un'**autorità competente** in un altro Stato membro, designata ai sensi delle disposizioni legislative, regolamentari o amministrative di tale Stato membro;
- attestare un **livello di qualifica professionale almeno equivalente** al livello immediatamente precedente a quello previsto dalle normative nazionali;
- attestare la **preparazione del titolare** all'esercizio della professione interessata.

Non sono necessari i **due anni di esperienza professionale** se i titoli di formazione posseduti dal richiedente attestano una **formazione regolamentata** « e dei livelli di cui all'articolo 19, comma 1, lettere b), c), d) ed e) » del D.Lgs. 206/2007 (che qui si omettono). In deroga a quanto sopra, il riconoscimento è assicurato nel caso in cui l'accesso a detta professione è subordinato al **possesso di un titolo di formazione** che attesta il compimento di una formazione **a livello di insegnamento superiore o universitario di una durata pari a quattro anni** e se il richiedente possiede un titolo di formazione di cui all'articolo 19, comma 1, lettera c) del D. Lgs. 206/2007 (che qui si omette).

Il riconoscimento può essere subordinato al compimento di un **tirocinio di adattamento non superiore a tre anni** o di una **prova attitudinale**, a scelta del richiedente, in uno dei seguenti casi (Art. 22 D. Lgs. 206/2007):

- se la durata della formazione da lui seguita è **inferiore di almeno un anno** a quella richiesta in Italia;
- se la formazione ricevuta riguarda **materie sostanzialmente diverse** da quelle coperte dal titolo di formazione richiesto in Italia;
- se la professione regolamentata include **una o più attività professionali regolamentate, mancanti** nella corrispondente professione dello Stato membro d'origine del richiedente, e se la **differenza** è caratterizzata da una **formazione specifica**, richiesta dalla normativa nazionale e relativa a materie sostanzialmente diverse da quelle dell'attestato di competenza o del titolo di formazione in possesso del richiedente.

Per *materie sostanzialmente diverse* si intendono materie la cui conoscenza è essenziale all'esercizio della professione regolamentata e che in termini di durata o contenuto sono **molto diverse** rispetto alla formazione ricevuta dal migrante.

L'applicazione del **requisito del tirocinio** comporta una **successiva verifica** sull'eventuale esperienza professionale attestata dal richiedente al fine di stabilire se le conoscenze acquisite nel corso di detta esperienza professionale in uno Stato membro o in un Paese terzo possano **colmare la differenza sostanziale** o parte di essa.

Nei casi di cui sopra, la durata e le materie **oggetto del tirocinio di adattamento** e della **prova attitudinale** sono stabilite dall'**Autorità competente** a seguito della Conferenza di servizi, se convocata. In caso di valutazione finale sfavorevole il tirocinio **può essere ripetuto**. Gli obblighi, i diritti e i benefici sociali di cui gode il tirocinante sono stabiliti dalla normativa vigente, conformemente al **diritto comunitario applicabile**.

La **prova attitudinale si articola in una prova scritta o pratica e orale o in una prova orale sulla base dei contenuti delle materie stabilite**. In caso di esito sfavorevole o di mancata presentazione dell'interessato senza valida giustificazione, la prova attitudinale non può essere ripetuta **prima di sei mesi**.

Ai fini della prova attitudinale le autorità competenti predispongono un **elenco delle materie** che, in base ad un confronto tra la formazione richiesta sul territorio nazionale e quella posseduta dal richiedente, **non sono contemplate dai titoli di formazione del richiedente**. La prova verte su materie da scegliere tra quelle che figurano nell'elenco e la cui conoscenza è una condizione essenziale per poter esercitare la professione sul territorio dello Stato. Lo status del richiedente che desidera prepararsi per sostenere la prova attitudinale è stabilito dalla normativa vigente. (art. 23 D. Lgs. 206/2007).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (ad oggi, il Ministero della Giustizia). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « **conferenza di servizi** » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III. Non vi rientra dunque la professione di psicologo. **E' lecito dedurre che questa rimane soggetto alla necessità della « conferenza di servizi ».**

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente.

5. Iscrizione all'albo degli psicologi

La professione di **psicologo** comprende l'uso degli **strumenti conoscitivi** e di **intervento** per la prevenzione, la diagnosi, le attività di abilitazione-riabilitazione e di sostegno in ambito psicologico rivolte alla **persona**, al **gruppo**, agli **organismi sociali** e alle **comunità**. Comprende altresì le **attività di sperimentazione**, ricerca e didattica in tale ambito (Art. 1 Legge 56/1989).

Per esercitare la professione di psicologo è necessario aver conseguito l'abilitazione in psicologia **mediante l'esame di Stato** ed **essere iscritto nell'apposito albo professionale**, denominato « **albo degli psicologi** ». Gli iscritti all'albo costituiscono l'« ordine degli psicologi ». Esso è strutturato a **livello regionale** e, limitatamente alle province di Trento e di Bolzano, a livello provinciale. Per essere iscritti all'albo è necessario:

- essere cittadino italiano o cittadino di uno Stato membro della CEE o di uno Stato con cui esiste trattamento di reciprocità;
- **non avere riportato condanne penali** passate in giudicato per delitti che comportino l'interdizione dalla professione;
- essere in **possesso della abilitazione all'esercizio della professione**;
- avere la residenza in Italia o, per cittadini italiani residenti all'estero, dimostrare di risiedere all'estero al servizio, in qualità di psicologi, di enti o imprese nazionali che operino fuori del territorio dello Stato.

Per l'iscrizione all'albo l'interessato **inoltra domanda in carta da bollo**, al **consiglio regionale o provinciale dell'ordine**, allegando il documento attestante il possesso del requisito dell'abilitazione all'esercizio della professione, nonché le **ricevute dei versamenti della tassa di iscrizione e della tassa di concessione governativa** nella misura prevista dalle vigenti disposizioni per le iscrizioni negli albi professionali.

Il consiglio regionale o provinciale dell'ordine esamina le domande entro **due mesi** dalla data del loro ricevimento. Il consiglio provvede con **decisione motivata**, su relazione di un membro, redigendo **apposito verbale**.

Italia

L'iscrizione all'Albo comporta l'osservanza del **Codice deontologico degli Psicologi**, approvato dal **Consiglio Nazionale dell'Ordine** ai sensi dell'art. 28, comma 6 lettera c) della Legge n. 56/89, in data 15-16 dicembre 2006¹⁷.

Ai sensi dell'**Articolo 1**, « le regole del presente Codice deontologico sono vincolanti per **tutti gli iscritti all'Albo degli psicologi**. Lo psicologo è tenuto alla loro conoscenza, e l'ignoranza delle medesime non esime dalla responsabilità disciplinare ». Pare dunque lecito dedurre che lo **psicologo straniero che ha ottenuto l'iscrizione all'albo è tenuto all'osservanza del Codice deontologico**.

Non vi è invece, in Italia, per gli psicologi, **alcun obbligo di contrarre una polizza assicurativa per la responsabilità civile**.

Ad oggi (25 maggio 2010), sul sito del Ministero della Salute, alla pagina **Erreur ! Référence de lien hypertexte non valide.**, è possibile conoscere il testo dei **decreti di riconoscimento** per la professione in oggetto (e per le altre professioni sanitarie) emanati negli ultimi anni.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *psicologo*.

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha

¹⁷ V. il testo del Codice deontologico alla pagina web :
http://www.psy.it/codice_deontologico.html

Italie

validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale – al Collegio nazionale degli Psicologi – che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Non è, riteniamo, del tutto chiaro se lo psicologo prestatore di servizi è tenuto anch'egli ad osservare il **Codice deontologico**: riteniamo che la risposta debba essere affermativa in considerazione del fatto che, da un lato, l'art. 9 D.lgs. 206/2007 prevede che "il prestatore è soggetto alle norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare", e, dall'altro, che lo psicologo prestatore di servizi deve comunque essere **iscritto all'albo**, sebbene ad una **sezione speciale dello stesso**, ed in quanto tale, è ragionevole ritenere che, ai sensi dell'art. 1 del Codice deontologico (v. supra, II.A.5), sia sottoposto a quest'ultimo.

Italie

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

2. PSICOTERAPEUTA

La professione di "**psicoterapeuta**" non costituisce, in Italia, una *professione* regolamentata **autonoma**. Si parla di *attività* di psicoterapeuta piuttosto che di *professione* di psicoterapeuta. Ai sensi dell'art. 3 della Legge 56/1989 recante "Ordinamento della Professione di Psicologo", l'esercizio dell'attività **psicoterapeutica** è subordinato in Italia ad una *specificazione formazione professionale*, da acquisirsi, dopo il conseguimento della **laurea in psicologia o in medicina**, mediante **corsi di specializzazione almeno quadriennali** che prevedano adeguata formazione e addestramento in **psicoterapia**, attivati presso **scuole di specializzazione universitaria** o presso istituti a tal fine riconosciuti. Inoltre, "agli psicoterapeuti non medici è vietato ogni intervento di competenza esclusiva della professione medica".

Per quanto riguarda l'esercizio in Italia dell'attività di **psicologo-psicoterapeuta** da parte di titolari di diplomi esteri, svizzeri in particolare, *non vi è ad oggi alcuna norma legislativa specifica*. Sembra dunque che siano applicabili le **regole generali**, previste dal D. Lgs. 206/2007, che si sono illustrate riguardo agli psicologi, al cui rapporto si **fa rinvio**.